

Erklärung der Universitätsratsvorsitzenden zur aktuellen Hochschulpolitik

Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Universitätsräte haben bei ihrer Konferenz am 28. April 2014 an der Universität Graz folgende Erklärung beschlossen:

Erklärung der Vorsitzenden/Stellvertreter der Universitätsräte der österreichischen Universitäten

Die RepräsentantInnen der Universitätsräte rufen die österreichische Bundesregierung auf, Bildung, Wissenschaft und Forschung als zentrale Regierungsaufgabe zu realisieren und die erforderlichen Mittel für ein zukunftsorientiertes Wissenschaftssystem, das den Standort Österreich wettbewerbsfähig hält, sicherzustellen.

Sie fordern die Erfüllung der Forderung von Bundesminister Dr. Mitterlehner für zusätzliche 1,6 Milliarden Euro für die Leistungsvereinbarungsperiode 2016-2018.

Um Planungssicherheit und Stabilität zu erreichen, verlangen die Universitätsräte ein Gespräch mit der Regierungsspitze, Bundeskanzler Faymann, Vizekanzler und Finanzminister Spindelegger und Wissenschaftsminister Mitterlehner, über die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschafts – und Wirtschaftsstandorts durch zukunftsweisende Investitionen in Bildung und Forschung.

Für die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Universitätsräte:

Dr. Eva Nowotny,

Vorsitzende des Universitätsrats der Universität Wien